Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 32 — Donnerstag, den 15. März 1928 — 41. Jahrgang

Berlin—Warschau—Bukarest.

In Genf war während der Völkerbundratssitzung zwar wunderschönes Wetter, aber das war dort auch das einzige Schöne — wenn man es nicht auch als immerhin schön bezeichnen will, daß irgendwelche Beschlüsse überhaupt nicht gefaßt wurden, die deutsches Interesse berühren. Dafür aber schweben die Verhandlungen von neuem — wie die Englein — zwischen Deutschland und Polen, und, auch schon seit langem, zwischen Deutschland und Rumänien.

In den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, die sich mühsam fortquälen, ist die Situation noch weit schwieriger geworden. Einerseits hat Polen durch eine außerordentlich hohe Valorisierung seiner bisher auf Papierzloty beruhenden Zölle eine Mauer um sich herumgebaut, die für viele deutsche Einfuhrwaren praktisch unüberspringbar ist und wohl auch bleiben soll. Dazu kommt die scharfe Kontingentierung für gewisse „Luxuswaren", wobei auch wieder in erster Linie deutsche Erzeugnisse getroffen werden. Und endlich die neue Bestimmung, durch die Ausländern der Aufenthalt und die Niederlassung in einem 30 Kilometer breiten Streifen längs der Grenze verboten wird; damit werden die bisher in den Verhandlungen mühsam genug erzielten Vereinbarungen über das Niederlassungsrecht glatt über den Haufen gerannt. Freilich ist auch aus innenpolitischen deutschen Gründen noch gar nicht daran zu denken, daß in absehbarer Zeit auch nur ein größeres Handelsprovisorium zustande kommt. Nicht bloß innerhalb der Reichsregierung bestehen hierbei wegen der bekannten Agrarforderungen sehr erhebliche Widerstände, außerdem würde man bei der augenblicklichen Erregung in der deutschen Landwirtschaft das polnische Schwein und das polnische Getreide nur schwer über die Grenze lassen können.

Ob unter diesen Umständen übrigens auch Herr Titulescu, Rumäniens Außenminister, zu seinem Ziel kommen wird, ist recht zweifelhaft. Ursprünglich wollte er Deutschland dazu veranlassen, für die deutschen Kriegsnoten, die während der Okkupationszeit in Rumänien von den deutschen Behörden ausgegeben und nach Kriegsende von der Bukarester Regierung „eingelöst" wurden, den Nominalwert zu bezahlen. Was vermutlich für gewisse gern verdienende Bukarester Elemente eine sehr erfreuliche Spekulation ergeben würde! Daran ist nun deutscherseits gar nicht zu denken; unsere Zahlungsverpflichtungen sind durch den Dawes-Plan restlos festgelegt und, täten wir es Rumänien gegenüber trotzdem, so wären im nächsten Augenblick auch die Belgier mit ihrer selben, von Deutschland stets abgelehnten Forderung da. Vielleicht kämen auch noch andere Länder und Ländchen, denn der Appetit wächst ja beim Essen.

Nun soll Herr Titulescu aber doch nicht ganz ungetröstet von dannen ziehen. Angeblich möchte er wenigstens eine Anleihe kriegen, wenn ihm jene anderen „Entschädigungen" zu erlangen nicht glücken soll. Man spricht von 100 Millionen, aber unsere eigene wirtschaftliche Lage dürfte dieser Summe doch weit dringender benötigen! Außerdem liegt auch hier die Gefahr vor, daß Belgien aus Deutschlands etwaiger Bereitwilligkeit, nun „wenigstens" eine Anleihe zu gewähren, sehr rasch entsprechende Folgerungen zieht. Und dann hat sich Rumänien den dortigen Deutschen gegenüber in einer Weise benommen, die dem Verhalten Polens nicht viel nachsteht. Auch hier handelt es sich um „erobertes" Deutschtum, das jetzt von den Rumänen ebenso schwer mißhandelt wird wie das ungarische Element.

Alle diese Oststaaten wollen von uns nur Konzessionen, möglichst auch Geld, pflegen aber jedes Entgegenkommen abzulehnen. Bisher war in der Politik aber der vernünftigste Satz immer nur der: Do ut des, ich gebe dir, damit du mir gibst!

Die Phöbusaffäre vor dem Reichstagsausschuß.

Einsetzung einer Untersuchungskommission.

Die nun schon lange Monate die Öffentlichkeit beunruhigende Angelegenheit der mit dem Marineamt in Verbindung gebrachten Phöbusfilmgeschäfte kam vor dem Hauptausschuß des Reichstages zur Sprache, nachdem der langerwartete Regierungsbericht veröffentlicht worden ist. Dem neuen Reichswehrminister Grüner fiel die schwere Aufgabe zu, sich im Namen der Regierung über den Bericht und die diesem zugrunde liegenden Vorkommnisse zu äußern.

Die Aussprache im Hauptausschuß endete mit der Überweisung des Berichtes an einen fünfzehngliederigen Unterausschuß, der die Geschäfte der Seetransportabteilung noch im einzelnen nachprüfen soll.

*

Sitzungsbericht.

Der Vorsitzende des Hauptausschusses teilte bei Verhandlungseröffnung mit, daß für die Besprechung nur drei Stunden vorgesehen seien. Werde der Ausschuß zu dieser Zeit nicht fertig, so müßte heute eine Nachtsitzung stattfinden.

Vor Eintritt in die Beratung nahm der kommunistische Abgeordnete Stöcker das Wort. Er warf der Regierung vor, daß sie den Beschluß des Ausschusses nicht durchgeführt, sondern vielmehr auf Grund von Besprechungen mit den Fraktionsführern einen Bericht herausgegeben habe, der eine Herausforderung bedeute. Dieser Bericht sei eine Fälschung. Die Kommunisten beantragten erneut, den Untersuchungsbericht des Präsidenten Sämisch vorzulegen. Für die Sozialdemokraten erklärte Abgeordneter Müller-Franken, daß auch seine Partei an dem Bericht manche Kritik zu üben habe, das aber in der Aussprache tun werde. Der kommunistische Geschäftsordnungsantrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Als erster Debatteredner nahm Abg. Heinig (Soz.) das Wort. Er erklärte, es werde festzustellen sein, was in dem Bericht ganze und was halbe Wahrheit sei und ob mit dieser Aufmachung wirklich keine politischen Gedanken verbunden gewesen seien. Ehe nicht volle Klarheit geschaffen sei, werde seine Partei die Nachtragsforderungen von sieben Millionen nicht genehmigen. Der demokratische Abg. Dr. Haas verlangte gleichfalls volle Klarheit und betonte, daß die Sache nicht parteipolitisch behandelt und Kapitän Lohmann nicht einfach als Sündenbock hingestellt werden könne. Der kommunistische Abg. Schneller verlas eine Reihe von Stellen aus dem angeblichen Originalbericht des Präsidenten Sämisch, wonach die ganze Angelegenheit nicht unter dem Gesichtspunkt der subjektiven Verantwortung Lohmanns, sondern der generellen Verantwortlichkeit eines Systems betrachtet werden müsse. Es handle sich um Dinge ähnlich der Schwarzen Reichswehr.

Reichswehrminister Gröner erwiderte sofort, daß der kommunistische Redner einer Täuschung zum Opfer gefallen sei und daß in dem Originalbericht und dem Material nichts von dem stehe, was der kommunistische Vertreter gesagt habe. Wahrscheinlich stamme dieser Bericht aus einer Fälscherwerkstatt.

Der Zentrumsabgeordnete Erfing erklärte, die Schuld an der parteipolitischen Behandlung der Angelegenheit trage zum großen Teil das Reichswehrministerium mit seinen vielen Dementis. Man sollte auch nicht Lohmann als Alleinschuldigen hinstellen. Sämtliche hier ausgegebenen Summen seien Etatsüberschreitungen schwerster Art. Für die Deutsche Volkspartei stimmte Abg. Dietrichshus der Verurteilung der Vorgänge zu. Offenheit sei notwendig, damit sich aus den Vorkommnissen kein Vorurteil gegen die Marine entwickle. Abg. Müller-Franken forderte sofortige Auflösung der Seetransportabteilung und sagte, die Einzelheiten könnten am besten in einem Unterausschuß voll geklärt werden. Auch Abg. Leicht von der Bayerischen Volkspartei erklärte sich durch den vorgelegten Bericht nicht voll befriedigt. Für die Deutschnationalen sprach Abg. Treviranus, der sich mit der Nachprüfung in einem Unterausschuß einverstanden erklärte und besonders Klarheit über den Entwicklungsgang der einzelnen Unternehmungen und über die finanziellen Zuwendungen forderte.

Reichswehrminister Gröner

nahm nun das Wort und erklärte einleitend, daß er sich in der Lage befinde, die ganze unangenehme Angelegenheit auszuräumen. Das könne natürlich nicht in einem Zuge geschehen, sondern bedürfe einer sehr eingehenden, lange dauernden Arbeit, Untersuchung und rücksichtsloser Aufdeckung aller Dinge. Für den dem Ausschuß vorgelegten Bericht übernehme er die volle Verantwortung. Der Bericht habe selbstverständlich nicht auf alle Dinge eingehen können. Er sei aber gern bereit, in einem Unterausschuß über Einzelheiten und Fragen, die zweckmäßig nicht in einem größeren Kreis behandelt würden, Auskunft zu geben.

Er stehe nicht an, zuzugeben, daß die Schuld nicht allein an Kapitän Lohmann liege; es sei aber nicht seine Aufgabe, schuldig zu sprechen und zu Gericht zu sitzen. Im übrigen handele es sich um Dinge, die weit zurückliegen und deren geistiger und moralischer Ursprung in überwundenen Zeiten zu suchen sei; es seien die letzten Ausstrahlungen von Verwirrungen des Geistes.

Weiter sagte der Minister, er bedauere es, daß Kapitän Lohmann selbst nicht das Gefühl hatte, zu fordern: ich muß neben mich eine Person stellen, die jederzeit und eindeutig meine Arbeit kontrolliert und beweisen kann, daß ich eine reine Weste habe. Aber in jener Zeit glaubte mancher Verantwortlichkeiten übernehmen zu können, die er nicht hätte übernehmen dürfen, weil er dazu weder die Fähigkeiten noch das Verantwortungsgefühl besaß.

Ich übernehme die volle Garantie, daß derartige Dinge nicht mehr entstehen; ich übernehme die volle Garantie, daß derartige Verstöße, wie sie sich im Verkehr dieser Geschäfte gegen die Haushaltsordnung und den gesunden Menschenverstand gezeigt haben, nicht wieder vorkommen.

System für solche Sachen gibt es nicht. Ich räume jedes derartige System und Reste eines derartigen Systems, das irgendwo in der Wehrmacht noch stehen sollte, restlos aus. Es soll alles geschehen, um in Zukunft derartiges zu vermeiden.

Für Wehrmacht und Marine.

Ein Wort noch, betont der Minister schließlich, möchte ich mir zugunsten der Marine erlauben. Was hier verbockt worden ist, darf nicht der Marine, nicht der Marineleitung als Ganzes und nicht der gesamten Wehrmacht als solcher zur Last gelegt werden. Die Wehrmacht und die Marineleitung haben den dringenden Wunsch, aus allen solchen untragbaren Dingen herauszukommen und nicht wieder mit solchen Dingen belastet zu werden. Ich möchte deshalb die Bitte an Sie richten, daß Sie aus dieser Geschichte keine Folgerungen für die Beurteilung der Marine ziehen. Wir wünschen alle miteinander — und ich nehme an, das wünscht auch das ganze deutsche Volk —, daß die allergrößte Glaubwürdigkeit nicht nur für die Marine, sondern auch für die ganze Wehrmacht und für das Reichswehrministerium überall und rückhaltlos herrscht, und es wird mein ernsthaftes Bestreben sein, daß diese Glaubwürdigkeit geschaffen und erhalten wird.

Nach der Beweisung der Ministerrede und einiger Erläuterungen eines Regierungsvertreters wird gegen die Stimmen der Kommunisten die Einsetzung eines Unterausschusses beschlossen, der die Einzelheiten der Angelegenheit durchprüfen soll. Dann vertagte sich der Ausschuß.

Kapitän Lohmann entlassen.

Im Marineverordnungsblatt ist folgende Personalveränderung enthalten: Mit dem 31. März 1928 aus dem Marinedienst ausgeschieden: der Kapitän zur See Lohmann (Walter), kommandiert zur Verfügung des Chefs der Marineleitung.

Veröffentlichung des Phöbusberichtes.

Die Seetransportabteilung.

Lange Wochen sind mit Auseinandersetzungen über die Seetransportabteilung unter Kapitän Lohmann dahingegangen und mancherlei Andeutungen wurden gemacht über die Verluste, die dabei dem Reiche erwachsen sind. Sparkommissar Sämisch wurde mit der Ausarbeitung einer Denkschrift beauftragt, die auch der Reichsregierung zugegangen sein sollte, aber zunächst nicht veröffentlicht wurde. Der Reichskanzler erklärte vor einigen Tagen, die Denkschrift des Herrn Sparkommissars sei nicht ganz vollständig, sie werde ergänzt und dann dem Reichshaushaltsausschuß zugehen. Das ist jetzt geschehen.

Der Bericht bildet ein Heft von 21 Schreibmaschinenseiten und beginnt: „Der Gesamtkomplex der Transaktionen, die Kapitän Lohmann außerhalb des geschäftsmäßigen Bereiches der von ihm geleiteten Seetransportabteilung vorgenommen hat, läßt sich hinsichtlich der Frage der Legitimation zur Ausführung dieser Handlungen in drei Gruppen zergliedern. Der ersten Gruppe gehören diejenigen Maßnahmen an, die Kapitän Lohmann auf Grund und im Rahmen der ihm bei Zuweisung der Ruhegelder von dem damaligen Chef der Marineleitung erteilten Generalermächtigung zur zweckentsprechenden Bewirtschaftung und Verausgabung dieser Sondermittel getroffen hat.

Die zweite Gruppe bezieht sich auf die Phöbusfilmangelegenheit, bei der Kapitän Lohmann teilweise im Einverständnis mit seinen Vorgesetzten, teilweise ohne deren Wissen und Willen gehandelt hat. Die dritte Gruppe umfaßt diejenigen Geschäfte, die Kapitän Lohmann ganz auf eigene Verantwortung getätigt hat."

Zur Phöbusfilmangelegenheit

sagt der Bericht: Auch wenn man die Frage des Für und Wider, ob der Staat auf die Beschreitung der im Film liegenden Propagandamöglichkeiten Einfluß nehmen will, offen läßt, so ist doch kein Wort darüber zu verlieren, daß es sich im vorliegenden Falle um einen untauglichen Versuch mit untauglichen Mitteln gehandelt hat. Die Berufung darauf, daß die Marineministerien anderer Länder sich ebenfalls mit der Filmpropaganda befassen, ändert daran nichts.

Zur Deckung der dem Fiskus aus der Vollmachtsüberschreitung des Kapitäns Lohmann erwachsenen Regreßansprüche wird bereits bei der Zwangsvollstreckung unterlegenen Teil der Bezüge Lohmanns einbehalten. Die Frage weiterer Regreßansprüche wird geprüft.

Der Konkurs der Phöbusfilm-A.-G. wurde aus dem Grunde nicht in die Wege geleitet, weil man der Überzeugung war, die Interessen der Allgemeinheit durch Vermeidung des Konkurses am besten wahren zu können. Zur dritten Gruppe der Geschäfte wird gesagt: Die Offenlegung des dritten Betätigungskreises des Kapitäns Lohmann führt in einen Komplex hinein, dessen Vorhandensein dem Ansehen der Reichsmarine besonderen Abbruch getan hat.

Hier wird vor allem die geldliche Interessennahme Lohmanns an dem Berliner Bankverein erwähnt und die Beteiligung an der Bacon-Company erörtert. Schließlich wird gesagt: „Eine nie einzelne gehende zahlenmäßige Darstellung aller Vorgänge ist bei der Undurchsichtigkeit der von Kapitän Lohmann getroffenen Maßnahmen noch nicht möglich gewesen." In einem Schlußabsatz werden die Sicherungen gegen eine künftige Wiederholung von Vorkommnissen der geschilderten Art behandelt.

Stresemanns Bericht über Genf.

Vor Reichspräsident und Reichskabinett.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat nach Schluß der diesmaligen Völkerbundtagung Genf verlassen und erstattet alsbald in Berlin dem Reichspräsidenten Bericht über das Ergebnis der Tagung, ebenso demnächst dem Reichskabinett. Voraussichtlich wird Dr. Stresemann in erster Linie auf die Unterhaltungen zurückkommen, die er mit dem polnischen Außenminister Zaleski über die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen geführt hat.

Vor seiner Abreise aus Genf hatte Stresemann mit den russischen Vertretern Konferenzen, ferner mit dem rumänischen Minister des Äußern, Titulescu, bei der die zwischen den beiden Ländern bestehenden Fragen, insbesondere auch Fragen wirtschaftspolitischer Art, durchgesprochen wurden. Es ist anzunehmen, daß der rumänische Minister des Äußern zur Fortsetzung der Verhandlungen nach Berlin kommt; der Zeitpunkt steht jedoch noch nicht fest.

Aus Konstantinopel wird berichtet, daß der türkische Ministerrat am Sonntag beschloß, die Einladung zur Genfer Abrüstungskonferenz anzunehmen. Zu diesem Zweck reist der türkische Außenminister nach Genf.

Die Verschuldung der Landwirtschaft

Ein Bericht des Reichsernährungsministers.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat dem Reichstag aus den Verhandlungen des landwirtschaftlichen Unterausschusses des Enqueteausschusses einen Vorbericht über die Verschuldungsverhältnisse der deutschen Landwirtschaft zugehen lassen.

Nach einer eingehenden Übersicht über die Verschuldung der Landwirtschaft Ende 1926 und im Sommer 1927 und über die Entwicklung und die Ursachen dieser Verschuldung werden auch eine Reihe von Vorschlägen zur Milderung der Schulden- und Kreditnot gemacht. Es wird darauf hingewiesen, daß eine grundlegende Änderung im landwirtschaftlichen Kreditwesen an dem in Deutschland herrschenden Kapitalmangel scheitern müsse. Man werde sich damit begnügen müssen, das vorhandene Kapital der Landwirtschaft in möglichst großem Umfange nutzbar zu machen. Vor allem erscheine eine Regulierung der in der Landwirtschaft befindlichen Kredite unabweisbar. Als Maßnahmen kämen je nach der Verschuldungslage der Betriebe drei Gruppen in

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280315-13/fragment/page=0001

Frage: die Sanierung, die Ausnahmeorganisation und die Verstärkung der Siedlung. Die Sanierung bezwecke, solchen Betrieben, die illoyale geworden seien, aber nach Regulierung ihrer Schulden als lebensfähig angesehen werden könnten, durch Kreditmaßnahmen über ihre Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. Die Ausnahmeorganisation soll verhindern, daß durch massenhafte Zwangsversteigerungen schwere Erschütterungen eintränen. Es sollen Ausnahmestellen geschaffen werden, um überall da einzugreifen, wo sich beim Besitzwechsel verschuldeter Güter Schwierigkeiten ergeben. Die angekauften Güter sollen dann nach Ordnung der finanziellen Verhältnisse so schnell wie möglich wieder in produktive Hände übergeführt werden. Die zuerst berufenen Organisationen zum Ankauf der auszunehmenden Grundstücke seien die bestehenden gemeinnützigen Siedlungsverbände, deren Mittel wesentlich zu verstärken seien.

Zum Schluß bemerkt der Bericht, daß eine Heilung des agrarischen Notstandes durch Verwirklichung dieser Vorschläge allein nicht herbeigeführt werden könne. Das Kernübel bestehe in dem Mißverhältnis der Betriebseinnahmen zu den Ausgaben, insbesondere den öffentlichen Lasten, und dem Mangel an Kapital, der in den hohen Zinssätzen zum Ausdruck komme. Der hierdurch gegebene Problemkreis soll in weiteren Berichten behandelt werden, die sich in Vorbereitung befinden.

Machtvolle Kundgebung der Landwirtschaft

Gegen die Steuerlast.

In diesen Tagen hat sich in vielen Gegenden Deutschlands das Bauerntum zu machtvollen Kundgebungen zusammengefunden, um den Forderungen der Landwirtschaft nach Steuererleichterungen und Kredithilfe nochmals kräftig Nachdruck zu verleihen. In der Mark, in Sachsen, Schlesien und Thüringen und Lippe haben, meist unter freiem Himmel, Versammlungen stattgefunden,

an denen sich etwa 110 000 Bauern beteiligten,

um die Forderungen der Landwirtschaft noch einmal bekanntzugeben. In den Reden kam abermals zum Ausdruck, daß die dem Landvolk in Aussicht gestellten Hilfsmaßnahmen zur Sanierung der landwirtschaftlichen Betriebe völlig ungenügend seien. Vielfach wurde mit Steuerstreik und Selbsthilfe gedroht. In den einzelnen Städten traten nach den Versammlungen die Bauern zu Demonstrationszügen zusammen. Schilder mit Aufschriften wie: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los!“ wurden im Zuge geführt.

*

Sturmversuch auf das Finanzamt.

Im Anschluß an eine Protestversammlung des Landbundes der Ostpreignitz in Kyritz zogen die Demonstranten nach dem Finanzamt und dem Landratsamt. Vor dem Finanzamt kam es zu Ausschreitungen. Als die Menge durch Steinwürfe etwa zwanzig Fensterscheiben zertrümmert hatte, trat die im Finanzamt stehende Polizeiwache unter Gewehr und machte Anstalten, gegen die Demonstranten vorzugehen. Letztere setzten jedoch das Steinbombardement fort, holten den Reichsadler vom Portal herunter und zertrümmerten ihn. Nunmehr schritt die Polizei ein, worauf die Menge abzog.

Politische Rundschau

Deutsches Reich.

Änderungen in der Unfallversicherung.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates behandelte den Entwurf eines dritten Gesetzes über Änderungen in der Unfallversicherung. Der vom Reichsarbeitsminister zur Begutachtung vorgelegte Gesetzentwurf soll einer Forderung des Reichstages nachkommen, wonach die Unfallversicherung auf Feuerwehren, Krankenanstalten, Laboratorien usw. ausgedehnt werden soll. Der Entwurf wurde vom Ausschuß gutgeheißen. Ein Antrag, die oberste Verwaltungsbehörde zu ermächtigen, Gemeinden oder Versicherungsverbände von Gemeinden zu Versicherungsträgern zu erklären, wenn diese mindestens 500 000 Einwohner haben, fand Annahme.

Invaliden- und Angestelltenversicherung im Notprogramm

Im Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages wird der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Leistungen aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung, der ein Teil des Notprogramms ist, beraten. Von der Regierung wurde erklärt, daß der aus der Erhöhung der Leistungen entstehende Mehraufwand von 100 Millionen Mark aus eigenen Mitteln getragen werde und von einer Beitragserhöhung für die Invalidenversicherung abgesehen werden solle, da sonst die in letzter Zeit zustande gekommenen Lohnerhöhungen zum großen Teil wertlos gemacht werden würden. Die Invalidenrenten werden in den Städten im Monat um 6 bis 8 Mark erhöht werden. Der Mehraufwand von 10 Millionen Mark bei der Angestelltenversicherung wird von der Reichsversicherung getragen.

Beendigung der bayerischen Krise.

Die Fraktion des Bayerischen Bauernbundes brachte angesichts der herrschenden Unstimmigkeit unter den Regierungsparteien erneut zum Ausdruck, daß sich an ihrer Haltung gegenüber der Beamtenbesoldungsvorlage nichts geändert habe und daß sie nach wie vor eine Erhöhung der Beamtengrundgehälter über 7000 Mark entschieden ablehne. Der dem Bauernbund angehörige Minister Fehr habe im Ministerrat für die Einbringung der Vorlage an den Landtag gestimmt, da auch der Bauernbund für die Aufbesserung der ungenügend besoldeten Beamtengruppen sei. Für den Gesamtinhalt der Vorlage sei der Minister nicht verantwortlich. Der Bauernbund gedenke wegen der Meinungsverschiedenheit auch nicht aus der bestehenden Koalition auszuscheiden.

Polen.

Endgültiges Ergebnis der Senatswahlen.

Der Ausfall der Senatswahlen ist noch günstiger für den Regierungsblock mit Pilsudski geworden, als es anfänglich den Anschein hatte. Der Regierungsblock erhielt 48, die Minderheitsparteien 23, die Sozialisten 10, Nationale Demokraten und Christlich-Soziale 9 (gegen früher 39) Mandate. Mit den ihr nahestehenden Gruppen verfügt die Regierung über 54 unter den 111 Senatoren, hat also fast die Hälfte aller Sitze im Besitz.

Nordamerika.

Das erste deutsche Eigentum freigegeben.

Nach Unterzeichnung der Rückgabebill ist jetzt die erste Freigabe beschlagnahmten deutschen Eigentums erfolgt. Es wurden zunächst sechs deutsche Patente freigegeben. Nach Washingtoner Meldungen sollen 5600 deutsche Patente, Handelsmarken, Verlags- und Urheberrechte unverzüglich zurückerstattet werden. Der eigentliche Beginn der Rückgabe dürfte nach amtlichen Schätzungen innerhalb eines Monats erfolgen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Reichswehrminister a. D. Dr. Geßler hat an Bord des Norddeutschen Lloyddampfers „Lützow“ eine Orientreise angetreten, die ihn von Genua aus u. a. nach Konstantinopel, Athen, Jerusalem, Kairo usw. führen wird.

Neustrelitz. Eine gewisse Klärung in der dauernden Regierungskrise ist dadurch eingetreten, daß auch die zum Eintritt in die Regierung bereiten Bürgerlichen ihr Einverständnis mit der einstweiligen Bestellung des Frhrn. v. Reibnitz als Minister bekundeten. Auf Grund dessen berief der Landtagspräsident Herrn v. Reibnitz als alleinigen Staatsminister.

Genf. Der Bürgermeister von Helsingfors, Ehrenroth, hat dem Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt, daß er seine vom Völkerbundrat ausgesprochene Wahl zum Mitglied der Regierungskommission des Saargebiets annimmt.

London. Auf eine Anfrage über die beabsichtigte Kündigung des deutsch-englischen Handelsvertrages durch Deutschland erwiderte Chamberlain ausweichend, die englische Regierung könne sich die Hände in Zollfragen nicht binden. Es gebe wenig Länder, die so geringe Zollbeschränkungen zu verzeichnen hätten wie Großbritannien.

London. Kolonialminister Amery teilte im Unterhaus mit, daß die britische Regierung an König Ibn Saud während der Jahre 1917 bis 1923 etwa 542 000 Pfund an Beihilfen gezahlt hat. Vor 1917 und nach 1923 wurde nichts an Ibn Saud gezahlt. Die Zahlungen stellen die Gegenleistung für die Hilfe Ibn Sauds im Kriege gegen die Türkei dar.

Aus der Umgegend

Nebra, 15. März.

— **Ablieferung von Kadavern.** Nach der Polizeiverordnung vom 21. November 1913, betr. Kadaverbeseitigung, sind sämtliche Kadaver von Pferden, Eseln, Maultieren, Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen, sowie Einhuferfohlen und Kälbern unter drei Wochen an die Abdeckerei abzuliefern. Die Ablieferungspflicht besteht für alle Tiere, die ohne Schlachtung bezw. Tötung verendet sind, sowie für geschlachtetes oder getötetes Vieh, soweit es zum menschlichen Genusse untauglich ist. Ausgenommen von der Ablieferung sind alle Saugferkel, sowie auch Schaf- und Ziegenlämmer unter sechs Wochen. Ablieferungspflichtig ist der Eigentümer. Die Gemeinden bezw. Gutsbezirke sind ablieferungspflichtig für solche in ihrem Bereich befindlichen Kadaver von Großvieh, deren Besitzer nicht bekannt sind. Der Abdecker ist zur Abholung und zur Zahlung der vorgeschriebenen Vergütung verpflichtet. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

— **Holzversteigerung.** Die gestrige Eichen-Stammholzversteigerung der Oberförsterei Ziegelroda in Roßleben war von Käufern aus allen Gegenden Deutschlands besucht und brachten die für Fourniere geeigneten Hölzer recht ansehnliche Preise. So wurde z. B. von der Fa. Manig, Eisenberg, ein Stammabschnitt von 3 m Länge, 87 cm Durchmesser = 1,78 fm mit Mk. 1210.— bezahlt. Für geringere Qualitäten war weniger Nachfrage und lagen die Preise für Mittel- und Zopfstücke zwischen 12—50 Mk. pro fm.

— **Erhöhung der Freigrenze bei Lohn- und Gehaltspfändung.** Das Aenderungsgesetz vom 27. Februar (RGBl. I,45) erhöht mit Wirkung vom 1. April den Betrag des Arbeitseinkommens, der der Beschlagnahme nicht unterliegt, von wöchentlich 30 RM. auf wöchentlich jetzt 45 RM. Bei Steuerforderungen besteht jedoch nach wie vor diese Freigrenze nicht.

— **Kyffhäuser-Gau (D. T.).** Der große Turner-Zweikampf der 8er Mannschaften des Mittelthüringer und Kyffhäusergaues geht am Sonnabend, den 17. März in der Turnhalle des Männerturnvereins Niedersachswerfen vonstatten. Die Mannschaftsaufstellung ist folgende: Mittelthüringer Gau: Steinbach und Lusche-Weimar, Glaser-Erfurt, Brauer und Siebenhühner-Apolda, Mackrott, Goering, Lotze-Erfurt; Kyffhäuser-Gau: Heiter und Husung-Nordhausen, Mackerodt-Heringen, Rothe-Klostermansfeld, Hammer-Sangerhausen, Loch-Sondershausen, Döring und Fischer-Niedersachswerfen. Kampfrichter: Gauobtw. Frohne-Halle, Bezobtw. Klippenstein-Mühlhausen, sowie je ein Vertreter des Mittelthüringer und Kyffhäuser-Gaues. Bei der außerordentlichen Turnstärke beider Mannschaften steht ein genußreicher Abend bevor. Das Programm erhält eine angenehme Ergänzung durch die Darbietungen der Gesangsabteilung und weitere turnerische Vorführungen des M.T.V. Niedersachswerfen. — **Im Turnerhandball der 1. Klasse** der Bezirksgruppe Nordhausen schlug der V.f.L. Salza eine komb. Mannschaft des T. V. Friesen Nordhausen 4:2.

Heldrungen. Die Hochspannungsleitung von der Station Oldisleben nach Heldrungen sowie das elektrische Ortsnetz in Heldrungen sind soweit fertiggestellt, daß die Inbetriebnahme der Anlagen in Kürze erfolgen kann.

Roßleben (Motorradbrand). Durch Vergaserbrand geriet heute vormittag in der Bahnhofstraße ein Motorrad in Brand. Der Fahrer sprang rasch ab und in kurzer Zeit schlug auch schon eine ausgebreitete Flamme aus dem Benzinbehälter heraus. Hilfsbereite Hände waren — wie ja immer bei einem Feuerchen — in großer Anzahl rasch zur Stelle und durch Ueberwerfen von Decken und Begießen des Rades mit Wasser gelang es, die Flammen bald zu ersticken. Das Rad mußte in Reparatur gegeben werden.

Freyburg. Am Sonnabend, den 10. März 1928, veranstaltete die Bezirksgruppe Freyburg des Kreislandbundes im „Schützenhaus“ eine Bezirkstagung. In der Begrüßungsansprache wies der Vorsitzende, Herr Rittergutsbesitzer W. Bothe-Markröhlitz auf die jetzt allenthalben im Reiche stattfindenden Notprotestkundgebungen der Landbevölkerung hin, die nicht nur ein Beweis für die allgemeine Notlage der Landwirtschaft sind, sondern auch zum Ausdruck bringen, daß die Landwirtschaft nicht gewillt ist, sich auf die Dauer als Stiefkind behandeln zu lassen. Verzinste sich schon vor dem Kriege der landwirtschaftliche Besitz nur mit etwa 3%, so kann heute von irgend welcher Verzinsung bei den uns Mehrfache gestiegenen Steuerlasten, Zinslasten und sozialen Lasten überhaupt nicht mehr die Rede sein. Kommt nicht bald irgend eine Aenderung, so müßte die Landwirtschaft und damit die gesamte Volkswirtschaft zu Grunde gehen. Alsdann sprach der Hauptreferent, Herr Reichstagsabgeordneter, Landwirtschaftsrat Hemeter über die politische und wirtschaftspolitische Lage, daß es so kommen mußte, wie es jetzt gekommen ist, konnte man schon vor Jahren voraussehen. Die jetzige Notlage ist eine Auswirkung des Versailler Diktates, der Revolution und der mit ihr verbundenen Entwaffnung. Rußland habe zwar auch eine Revolution durchgemacht, habe aber die Waffen behalten. Die Notlage ist ferner eine Auswirkung der Außenpolitik und Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit. Alle „Verständigungen“ sind auf Kosten Deutschlands und der deutschen Landwirtschaft zustande gekommen. Eine weitere Ursache für die Notlage ist die Uneinigkeit der Landwirtschaft. Während die Industrie in sich selbst fest geschlossen zusammensteht, steht hinter ihr auch die Industriearbeiterschaft organisiert in der sozialdemkr. Partei. Wenn auch die sozialdemkr. Partei unentwegt auf die bitterböse Arbeitgeber schimpft, so steht sie doch bei Abstimmungen im Reichstag fast immer restlos hinter den Forderungen der Industrie. Andererseits ist die Landwirtschaft in sich selbst nicht fest geschlossen und außerdem zieht die vielfach ebenfalls sozialdemkr. organisierte Landarbeiterschaft an demselben Strange, wie die Industriearbeiterschaft und arbeitet damit ihren eigenen Interessen entgegen. Eine grundlegende Aenderung der allgemeinen Lage können wir nur dadurch erreichen, daß wir die Mehrheit im Parlament bekommen. Wir müssen vor allem danach trachten, Nichtlandwirte davon zu überzeugen, wie sehr sie wirtschaftlich mit der Landwirtschaft verbunden sind. Wir müssen Anschluß an alle die Parteien zu erlangen versuchen, die bereit sind, sich für die Landwirtschaft einzusetzen. Die Landarbeiter müssen endlich erkennen, daß sie mit der Landwirtschaft auf Gedeih und Verderben verbunden sind. Es geht auch nicht an, daß Handel und Gewerbetreibende, die von der Landwirtschaft leben, politisch gegen die Landwirtschaft arbeiten. Die Landwirtschaft ist heute mit über 13 Milliarden Mark verschuldet und hat dafür Prozente zu zahlen, die niemals herausgewirtschaftet werden können. Bei einem ähnlichen Fall in der Industrie würde diese den Betrieb einfach einstellen. Die Landwirtschaft kann und will dies nicht. Leider stehen weite Kreise in der Verbraucherschaft der Not der Landwirtschaft verständnislos gegenüber. Dabei ist allgemein bekannt, daß die Landwirtschaft der größte Käufer auf dem deutschen Binnenmarkt ist. Mit ihr müssen auch alle anderen Berufsstände zugrunde gehen. Deshalb geschieht ihr Kampf im Interesse des gesamten Volkes. Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt. Die Notlage in der Caprivizeit war nicht so groß wie heute, weil wir damals wenigstens eine vollbeschäftigte Industrie und unser starkes Heer hatten. Bei unserer Wirtschaftspolitik müssen die Einnahmen mit den Ausgaben in Einklang gebracht werden. Bezüglich der Handelspolitik verlangen wir eine gleichmäßige Behandlung von Industrie und Landwirtschaft, die wir bis heute noch immer nicht haben. In der Steuerpolitik haben wir durch die Steuerreform 1925 wenigstens erreicht, daß die Steuern nicht mehr von der Substanz, sondern vom Ertrag gezahlt werden sollen. Außerdem sind nun endlich Einheitswerte für Reich und Länder festgesetzt. Aber noch immer betragen die Steuern etwa das Sechsfache der Vorkriegszeit. Die Ausgaben des Staates müssen sich der Wirtschaft anpassen. Insbesondere ist die Vereinfachung des Behördenhauses notwendig. Behörden von Reich und Länder arbeiten vielfach nicht miteinander, sondern gegeneinander. 50% der Arbeiten in den Ministerien erschöpfen sich in Zuständigkeitsstreitigkeiten. Dazu arbeitet die Linksregierung in Preußen planmäßig gegen die Rechtsregierung im Reich. Was die Kredite betrifft, so können sie uns nur dann etwas helfen, wenn der Zinssatz, zu dem sie gegeben werden, auch herausgewirtschaftet werden kann. Die Notmaßnahmen der Reichsregierung, die jetzt zur Debatte stehen, können nur einen Anfang zur Besserung darstellen, und doch werden auch diese schon von der Linken aufs äußerste bekämpft. Zu all diesem kommen die Daweslasten, die jetzt 2½ Milliarde erreicht haben und durch die wir unseren Einfluß auf Reichsbank und Eisenbahn zum großen Teil verloren haben. Redner mahnte dringend zur Einigkeit. Wir dürfen uns nicht zersplittern, wir müssen uns alle fest zusammenschließen. Wer nicht zu uns gehört, der ist gegen uns. Die Macht des geeinigten Landvolkes wird von der Linken anerkannt und gefürchtet. Daher richtet sich jetzt ihre ganze Hetze gegen das Landvolk, gegen den Landbund, ein Zeichen dafür, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Allen Zersplitterungsversuchen gegenüber müssen wir nur umso fester zusammenstehen. Schwere Kämpfe stehen uns noch bevor. Wir fürchten sie nicht, wir werden kämpfen. Deutsche Bauern wacht auf, kämpft für die Erhaltung Eurer Scholle.

Gleina. Ein Autounfall, bei dem die Insassen noch glücklich davonkamen, hat sich in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend unweit des Vorwerks Loh zugetragen. Ein auf der Heimat nach Nebra begriffenes Auto fuhr infolge des Schneetreibens mit voller Wucht gegen einen Pflaumenbaum, brach ihn glatt ab und landete im Straßengraben. Die beiden Vorderräder flogen infolge Achsenbruches ab. Ein Insasse trug eine Verstauchung des Oberschenkels davon. Beide Insassen, auch der Verletzte, der arge Schmerzen hatte, mußten den Weg zu Fuß nach Gleina antreten, wo sie übernachteten. Sonnabend fuhren sie mit dem Kraftomnibus ihrer Heimat zu.

Rastenberg. Im Frühjahr 1927 erschien in thüringischen Zeitungen ein Aufruf: „Eine thüringische Kleinstadt gesucht für 10000 Bücher.“ Auf diesem Wege suchte der in den Ruhestand tretende Stadtoberarchivrat Professor Dr. Bernhard Rost in Chemnitz i. S. in einer „fabrikschlotfreien Kleinstadt“ Thüringens eine geeignete Wohnung zum mieten oder ein kleines Häuschen mit Gärtchen käuflich zu erwerben. Dem Städtchen mit höchstens 3000 Einwohnern, das ihm dazu verhelfen würde, versprach Professor Rost die schenkungsweise Ueberlassung seiner wertvollen Bibliothek von 10000 Bänden, für die er keinen Erbe habe, unter der Bedingung, daß ihr ein ihrem Wert entsprechender würdiger Raum, etwa im Rathause, eingeräumt werde. Diese Bedingung hat nun Rastenberg zu erfüllen vermocht, und Professor Rost, der sich auch sonst um Thüringen mancherlei Verdienste erworben hat, ist es somit gelungen, im „Heimatland seiner Väter“ den ersehnten Ruhehafen zu finden.

Hauterode. Das „Haus auf dem Berge“ des Thür. ev. Jungmädchenbundes wird fleißig benutzt. Nach dem Kochkursus, der bis jetzt stattfand, wird vom 11.— 29. März ein Lehrgang für Helfer und Helferinnen in Jungmänner- und Jungmädchenvereinen gehalten. Auch eine Freizeit für Pastoren aus den benachbarten Kirchenkreisen soll vom 6.—9. Mai unter Vorsitz des Generalsuperintendenten D. Meyer-Magdeburg hier gehalten werden.

Schallenburg (Unstrut). Das Dienstmädchen des Landwirts Nennewitz schüttete glühende Asche in den Abort. Kaum hatte sie sich entfernt, da erscholl vom Ort der stillen Einkehr ein gewaltiger Krach, wie man ihn von dort noch nie gehört hatte. Gase, die sich in der Grube entwickelt hatten, waren durch die glühende Asche explodiert und legten nun die ganze nützliche Kulturstätte in Trümmer.

Frankenhausen. (Geplante Autolinien.) Die Kyffhäuser-Kleinbahn-Aktiengesellschaft in Merseburg beabsichtigt, zwei Kraftfahrlinien von Kelbra nach hier einzurichten. Die eine Linie soll über den Kyffhäuser und das Rathsfeld geführt werden, während die andere über Steinthaleben, die Barbarossahöhle und Rottleben nach Bad Frankenhausen geleitet werden soll. Eine weitere Autolinie soll von Kelbra über Badra nach Sondershausen eingerichtet werden und endlich noch eine vom Kleinbahnhof Berga-Kelbra nach Sittendorf und Tilleda.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280315-13/fragment/page=0002

Mansfeld. Der Magistrat der Stadt Mansfeld schlägt der Regierung den Zusammenschluß der beiden Städte Mansfeld und Leimbach mit den Gutsbezirken Amt Leimbach und Rittergut Rödger vor, weil sich dadurch eine wesentliche Verbilligung der Verwaltung ermöglichen läßt. Die Bildung eines Gesamtschulverbandes wurde abgelehnt.

Halle. Unter dem Verdacht, den Raubmord auf der Halle—Hettstetter Eisenbahnstrecke im April 1922 begangen zu haben, wurden bekanntlich Anfang Februar zwei Weißenfelser verhaftet. Die beiden sind jetzt aus dem Gerichtsgefängnis in Halle wieder entlassen worden, da die Untersuchung keine Verdachtsmomente ergeben hat.

Bitterfeld. Der Stiefsohn des Schmiedemeisters Ernst Dölle in Schierau, Willi Karl, erschoß nach längerem heftigen Wortwechsel seinen Stiefvater. Das Motiv der Tat ist in Grundstücksstreitigkeiten zu suchen, wegen deren es fortgesetzt zu Streitigkeiten in der Familie kam. Als wiederum bei einem Auftritt Dölle seine Frau mit der Axt bedrohte, sprang ihr Sohn dazwischen und gab blindlings drei Schüsse aus einem Revolver ab. — Der Täter wurde verhaftet.

Ein gutes Rezept

— einfach und billig — zur Herstellung vorzüglicher Suppen:
Nimm **MAGGIs** Suppenwürfel.
Reiche Sortenauswahl.
1 Würfel für 2 Teller Suppe **13** Pfg.

Nah und Fern.

○ **Ehetragödie in der Dachkammer.** In einem Hause in Berlin-Lankwitz wurden ein 29 Jahre alter Geschäftsreisender und seine 28jährige Frau tot in ihren Betten aufgefunden. Das Ehepaar wohnte seit mehreren Jahren in dem Hause in zwei ärmlichen Dachkammern und lebte seit langer Zeit in ständigem Unfrieden. Der Gashahn des Automaten war geöffnet, doch war in den Räumen Gas nicht mehr vorhanden. Es wird vermutet, daß der Ehemann seine Ehefrau erwürgt und dann den Gashahn geöffnet hat, um auch sich selbst das Leben zu nehmen.

○ **Eine Kontoristin als Mörderin.** Die Aufwartefrau einer Berliner Konfektionsfirma ist von der 24jährigen Kontoristin Erna Antoni ermordet worden, die bei derselben Firma angestellt war. Die Kontoristin gab nur widerwillig Auskunft und suchte ihre Hände zu verbergen, weil sie an beiden Händen Schnittwunden hatte. Das Motiv des Mordes liegt in Streitigkeiten, die bereits seit langer Zeit zwischen den beiden Frauen bestanden. Die Mörderin stammt aus der Familie eines pensionierten mittleren Beamten.

○ **Er sieht seine ganze Habe verbrennen.** Bei einem Brande der Schäferei Sieversdorf sind außer dem gesamten Inventar über 650 Schafe mitverbrannt. Der 70jährige Schäfer konnte nur mit Mühe davon zurückgehalten werden, sein Leben für die Tiere aufs Spiel zu setzen.

○ **Eine Walzmühle durch Feuer vernichtet.** In Lünebach bei Frensfeld brach in der nach den modernsten technischen Errungenschaften eingerichteten Walzmühle der Witwe Schröder Feuer aus. In verhältnismäßig kurzer Zeit war das ganze Anwesen von den Flammen vernichtet. Der Brandschaden ist ganz bedeutend. Die Mühle war erst zwei Jahre in Betrieb.

○ **Ermordung des Stiefvaters.** In seinem Hause in Schierau wurde der 47jährige Schmiedemeister Dölle erschossen aufgefunden. Nach den bisherigen Feststellungen kommt als Täter der Stiefsohn des Ermordeten in Frage, mit dem er Differenzen hatte. Der Stiefsohn wurde verhaftet, die Leiche des Ermordeten beschlagnahmt.

⊙ **Tragödie im Irrenhause.** Im Irrenhause von Leben bei Dinan erhielt ein 26jähriger früherer Matrose den Besuch seiner Eltern und schien auch völlig ruhig zu sein. Er bat aber bald seinen Vater um eine Besorgung. Als der alte Mann dann zurückkehrte, sah er seine Frau mit gespaltenem Schädel röchelnd auf dem Boden liegen. Der Wahnsinnige wollte sich nunmehr auf seinen Vater stürzen, doch gelang es den Wärtern, ihn noch zurückzuhalten.

⊙ **Tragisches Ende des Rekordfliegers.** Der Fliegerleutnant Kinkead ist beim Ausprobieren eines Seeflugzeuges, mit dem er den Weltschnelligkeitsrekord zu brechen beabsichtigte, nahe Southampton tödlich verunglückt. Der Apparat tauchte auf hoher See plötzlich ins Wasser und weder der Führer noch die Maschine erschienen wieder auf der Wasseroberfläche.

⊙ **Verhaftung eines Millionenbetrügers.** Der wegen Wechselfälschung und Betrügereien im Betrage von über 7 Millionen Lire gesuchte Börsenmakler Arnaldo Cicognini aus Mailand wurde in einer Villa am Lago Maggiore verhaftet, wo er bei einer Dame Unterkunft gefunden hatte. Auch die Dame wurde wegen Hehlerei festgenommen.

⊙ **Selbstmord wegen verfehlter Spekulationen.** Der Journalist und Volkswirtschaftler Chamorel hat sich in Belgrad erschossen. Der Grund zu dem Selbstmord soll in großen Börsenverlusten liegen. Chamorel war ein Schwager des früheren Ministers des Äußern Nintschitsch.

⊙ **Absturz von der Pyramide.** In Gegenwart einer größeren Gesellschaft stürzte ein Tourist von der großen Pyramide bei Kairo ab. Er hatte den Versuch unternommen, an der Pyramide hinaufzuklettern. Nachdem er sie zu zwei Dritteln bewältigt hatte, trat er fehl und stürzte in die Tiefe. Er war sofort tot.

⊙ **Die Katastrophe in Santos.** Die Abräumung der Erd- und Gesteinmassen von den durch die Erdrutschkatastrophe betroffenen Teilen der Stadt Santos dürfte eine Woche in Anspruch nehmen. Es sind gegenwärtig über 2000 Arbeiter hiermit beschäftigt. Unter den geborgenen Opfern befinden sich die Leichen von 23 Kindern. In der Nähe der Unglücksstätte spielen sich fortgesetzt erschütternde Szenen ab. So wird berichtet, daß ein Familienvater bei der Heimkehr unter den Trümmern seines Wohnhauses die Leichen seiner acht Kinder fand.

⊙ **Schätze auf dem Meeresgrund.** Bei der Verladung einer Goldsendung, die für Italien bestimmt war, fielen in Newyork zwei Kisten, von denen jede 100 000 Dollar enthielt, ins Wasser. Alle Nachforschungen durch Taucher sind bisher erfolglos geblieben.

Bunte Tageschronik.

Hamburg. Bei Pinneberg fuhr ein Auto infolge des Glatteises in den Chausseegraben. Der Führer war sofort tot.

Wunsiedel. Hier starb der älteste Mann Bayerns, der Nagelschmied Johann Ruckdeschel, im Alter von 105 Jahren.

Caltanissetta. In Sizilien wurde erneut ein Erdbeben verspürt, das leichten Schaden verursachte.

Kolombo. Etwa 28 Meilen südlich von Kolombo (Ceylon) sind zwei Personenzüge zusammengestoßen. 21 Reisende wurden getötet. Beide Maschinen und fünf Wagen wurden schwer beschädigt.

Wieder 500 000 Mark gezogen.

Berlin. Die Prämie der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie in Höhe von 500 000 Mark fiel auf die Losnummer 257 291, die je zur Hälfte in Nienburg an der Weser und in Friedrichshagen bei Berlin gespielt wurde. In Nienburg spielten die Gewinner in Vierteilosen, in Friedrichshagen in Achteln. Der stattliche Gewinn fällt meist auf kleine Leute, die das Geld sehr nötig gebrauchen können.

Die Motive der Berliner Frauenmörderin.

Berlin. Die Kontoristin Erna Antoni legte ihr Geständnis erst nach langem inneren Ringen ab. Sie erklärte, sie habe die Aufwartefrau Schüler im Affekt umgebracht. Diese hatte Kenntnis von einem Liebesverhältnis, das sie mit einem verheirateten Manne unterhielt, und drohte ihr wiederholt, sie werde diese Beziehungen aufdecken. Freiwillige Zuwendungen hätten nur dazu geführt, daß Frau Schüler als Schweigegeld weitere Zuwendungen verlangte. Nach Geschäftsschluß sei die Frau wieder mit einer Forderung unter Drohungen an sie herangetreten. In ihrer Aufregung habe sie ein Messer ergriffen und blindlings auf Frau Schüler eingestochen. Nachdem sie sich das Blut oberflächlich mit einem Notenblatt abgewischt hatte, sei sie mit einer Taxe nach Hause gefahren und habe sich dort gründlich gereinigt. Am nächsten Morgen sei sie bei ihrer Ankunft im Geschäft verhaftet worden.

Die Verhandlungen über das Mehrarbeitsabkommen im Ruhrbergbau.

Essen. Die Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeiterverbänden über das Mehrarbeitsabkommen wurden nach mehrstündiger Dauer auf den 20. März vertagt. Die Arbeitgebervertreter vertraten den Standpunkt, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit wirtschaftlich nicht tragbar sei. Die Arbeitnehmerverbände haben sich diesem Standpunkt nicht angeschlossen. Zu den neuen Verhandlungen soll der Schlichter hinzugezogen werden.

200 bis 500 Tote bei einem Dammbruch.

Los Angeles. Nach Schätzung des mit der Durchführung der Polizeimaßnahmen und des Hilfswerkes beauftragten Beamten William Bright sind infolge eines Dammbruches in Kalifornien 200 bis 500 Menschen ums Leben gekommen.

Sp. **Mussolini als Fußballspieler.** In Rom wird am 15. März zwischen Ungarn und Italien ein Fußballwettspiel ausgetragen werden, dem politischer Charakter zukommt. Auf italienischer Seite wird Mussolini den ersten Ball anspielen. Die ungarische Mannschaft wird vom Volkswohlfahrtsminister Prälaten Dr. Vas geführt. Außerdem werden sich mit der ungarischen Mannschaft auch mehrere Abgeordnete nach Rom begeben.

„Die Gartenlaube" Heft 10.

Frühlingsstimmung bringt das neue Heft der „Gartenlaube". Man sieht den munteren Enten (auf dem farben-frohen Kunstblatt von Franz Gäkel) so recht die Lebensfreude an. Ein reizvoller illustrierter Aufsatz von Johannes Schlaf zeigt den „Frühling auf dem Bauernhof". Frühlingsstimmung — wenigstens für die Frauen — bringen auch die geschmackvollen Frühjahrskleider und -mäntel. Vom tausendjährigen Meißen erzählt Georg von der Gabelenz; wohlgelungene Abbildungen geben einen lebendigen Eindruck von der romantisch-schönen Stadt. Schlichte Menschlichkeit atmet die Erzählung „Die Muhme" von Börries Frhr. v. Münchhausen. — Das neue Heft der „Gartenlaube" bietet so auch dem Anspruchsvollen vielseitige Anregung und angenehme Unterhaltung.

Die neue Mode

Schräge Linie an Leibchen und Rock, einseitig garnierter **Zipfelrock.** Das muß jede Dame, jede Hausfrau wissen, die jetzt mit der Anfertigung ihrer Frühjahrs- und Sommerkleidung beginnen will. Sie darf deshalb den Wert eines guten Modeberaters nicht unterschätzen. **„Beyers Mode-Führer", Band I,** Damenkleidung, Frühjahr/Sommer 1928, bringt eine Fülle mehrfarbiger Modelle der neuen Mode und ihrer Variationen und ist vor allem deshalb unentbehrlich, weil für die selbstschneidende Frau Schnittbogen beiliegt. Für Mk. 1.50 überall zu haben. (Bezugsquellennachweis gern durch Verlag Otto Beyer, Leipzig, Weststr. 72.)

Kursbericht vom 13. März 1928

mitgeteilt vom

Bankverein Artern, Sprongerts, Büchner & Co.,
Abteilung Nebra.

Deutsche Anleihe Ablösungsschuld mit Auslosungsrecht	52	%
„ „ ohne „	14,50	„
7% Prov. Sächs. Ldschftl. Goldpfandbriefe	86,50	„
8% „ „ „ „ „	95,40	„
7% Dtsch. Hyp.-Bank Meiningen Goldpfandbr.	92,25	„
8% „ „ „ „ „	98,50	„
7% Mitteldeutsche Boden-Credit A.-G., Goldpfandbr.	93	„
8% „ „ „ „ „	97	„
Deutsche Bank	159,75	„
Dresdner Bank	155	„
Commerz- und Privatbank	171	„
Hallescher Bankverein	139,50	„
Hapag	147,75	„
Norddeutscher Lloyd	148	„
AEG (Allg. Elektr. Ges.)	151,25	„
IG Farben	250	„
Ilse Bergbau	236	„
Mansfelder Bergbau	112	„
Riebeck Montan	141,50	„
Phönix Braunkohlen	89	„
Westeregeln Alkali	173,50	„
Leipziger Landkraftwerke	92	„
Zellstoff Waldhof	253,75	„
Wanderer-Werke	177	„
Adlerwerke	78 3/8	„
Riebeck-Brauerei	135	„
Braunschweigische Maschinen	71	„
Sturm A.-G.	74,75	„
Kyffhäuserhütte	70	„
Eisenwerk Brünner	20	„

(43. Fortsetzung.)

Und bei diesem Besuche hatte das unerbittliche Geschick ein Bild des Vaters in die Seele seines Kindes gezeichnet, das in alle Ewigkeit nicht wegzuwischen war. Frau Justitia, die Strenge, die diesen Besuch gestattet hatte, hatte aus Menschlichkeit ein Verbrechen an diesem Knaben begangen, wie es der Vater folgenschwerer nicht begangen haben konnte.

Und als Sohr an den Vieren vorübergegangen war, hatte der Mann, der hinter der Wand stand, in Zerknirschung sein Gesicht abgewendet und die Frau aus Scham den Blick gesenkt. Da hatte Sohr dem Manne zugerufen: „Du sollst'st deine Sehnsucht' erschlagen und wenn du dein Herz zertreten müßtest" und der Frau: „Nie mehr sollten Sie in dieses Haus kommen, nie mehr, wenn Sie Ihre Kinder lieb haben."

Und der Mann hinter der Wand hatte geantwortet: „Hast recht, Kamerad. Geh heim, Ida, geh und — laß — mich — allein." Und die Augen waren ihm feucht geworden und mit seinen zerarbeiteten Händen hatte er dem kleinen Ding, das die Mutter auf dem Arm trug, liebkosend über das blonde Haar gestrichen. —

Nein, keinen Besuch! Hier nicht! Niemals, und wenn Herzen in Schmerzen zerbrechen müßten. Die hier sind, stehen jenseits jeder Gemeinschaft.

Und Sohr schrieb an Fräulein Kerst:

„Vielen Dank für Ihr freundliches Gedenken — aber um Gottes willen keine Besuche! — Sagen Sie bitte Frau Kaden, ich würde mich weigern sie zu sehen. Ich könnte mich nicht selbst entehren und wolle nicht in einem Raum gesehen werden, in dem das Mittelalter wieder lebendig geworden sei. Ich könne einen Besuch nicht als Ehrung betrachten, sondern müsse ihn als Demütigung ansehen. — Ich will und muß bis zur Entscheidung tot sein für alles, was außerhalb dieser Mauern geschieht. Und für alle. Fräulein Kerst! Das werden Sie verstehen, die Sie mich kennen. — Grüßen Sie Clausimann von mir und den alten Hannjörg. Den — alten — Hannjörg!
Herzlichst Ihr Sohr."

Vierzehn endlos lange Tage saß Sohr nun schon in seiner Zelle. Da wurde er wieder einmal zur Untersuchung geführt. Diesmal aber schritt man „drüben" nicht zwei Treppen empor, sondern blieb im Erdgeschoß.

„Ihre Sache liegt jetzt beim Untersuchungsrichter," sagte der Wärter, „nun geht es schneller."

Auf dem bekannten kleinen Türschild las Sohr: „Dr. von Baumann." Von, dachte er und Doktor? Der wird noch arroganter sein, wie jener andere, sah sich aber angenehm enttäuscht, als er dem Dr. von Baumann gegenüberstand.

Der bat ihn sogar, entgegen aller Vorschrift, Platz zu nehmen. — Er sprach leise — in seiner Stimme lag eine wohltuende Wärme — und sprach wie ein Freund zum Freunde.

Immer wieder kam die Rede auf Feuerzeug und Brieftasche. Aber immer wieder zuckte Sohr die Achseln. Endlich riß dem Doktor die Geduld.

„Menschenskind, da gehen Sie doch aus sich heraus," rief er ihm zu. „Ich will Ihnen doch nicht übel. Ich stelle Aussage gegen Aussage und bemühe mich die Wahrheit zu finden. Wenn sie bei Ihnen ist, dann helfen Sie mit, daß ich sie sehe. Wir können keinem Menschen auf bloße Versicherung hin glauben."

„Das weiß ich, Herr Doktor, und deshalb schweige ich lieber."

„Und die Gegenseite macht halb Finkenschlag gegen Sie mobil. Bis jetzt stehen acht oder neun Belastungszeugen zwei Entlastungszeugen gegenüber, und zwischen beiden liegen die Korpus delicti. — So sagen Sie doch wenigstens, wen Sie in Verdacht haben. Der Sache wird dann schon nachgegangen werden."

„Nachgegangen würde der Sache doch nur werden durch den Gendarm, und das eben möchte ich vermieden sehen. Einmal halte ich den Herrn für keine besondere Leuchte, das Recht dazu habe ich ja, denn er hat die Anzeige erstattet, und zum anderen dürfte er froh sein, daß er mich hat. — Daß ich aber ernstlich bemüht bin, den Täter zu finden, kann Ihnen Herr Rittergutsbesitzer Kaden bestätigen. Wenn Sie so freundlich sein wollten, ihn nochmals zur Befragung zu laden — er wird kommen."

„Das will ich tun!"

„Darf ich dann um Papier und Feder bitten?"

„Wozu?"

„Ich möchte ein paar Zeilen schreiben."

„Bitte!"

Und Sohr schrieb:

„Verehrter Herr Kaden! Herrn Untersuchungsrichter Dr. von Baumann gegenüber entbinde ich Sie von dem uns gegenseitig gegebenen Versprechen. Sie dürfen Herrn Doktor unterrichten über die Maßnahmen, die zur Aufklärung des Diebstahls unternommen wurden. — Ihr ergebener Sohr."

„Also sind da schon Kräfte am Werk, die Sache in Ordnung zu bringen. Das ist ja erfreulich. — Wer arbeitet denn für Sie?"

„Das weiß ich selbst nicht. Ich bin mit Herrn Kaden dahin übereingekommen, meinen früheren Platz auf Finkenschlag durch einen Kriminalisten zu besetzen und gleichzeitig den Hauptbelastungszeugen Voigt wieder einzustellen."

„Sehr geschickt! Wirklich sehr gut aufgezogen haben Sie das. Wird Sie aber einen hübschen Pfennig Geld kosten!"

„Ich setze meine ganzen Ersparnisse daran!"

„Und wer ist Ihr Anwalt?"

„Den kann ich mir schenken. Ich brauche keinen, Herr Doktor."

„Sie müssen aber einen haben. Das ist Bestimmung. Ihre Angelegenheit wird Schwurgerichtssache. Auf vorsätzliche Brandstiftung steht Zuchthaus. Wenn Sie sich selbst keinen Verteidiger stellen, bekommen Sie einen zugewiesen. Ich möchte Ihnen deshalb in Ihrem Interesse nahelegen, sich nach einem tüchtigen Herrn umzusehen. Das ist meines Erachtens durchaus nötig. — Wenn der Diebstahl nicht aufgeklärt werden kann, dann kommt es zweifellos zur Verhandlung und wie die Geschworenen entscheiden — wer kann das wissen! Ein Schwurgerichtsurteil ist endgültig, da gibt es keine Berufung, sondern nur Revision. Und ob eine Revision möglich ist, kann ein Laie nicht beurteilen. Sie kommen also doch wohl besser auf einen Anwalt zu."

Sohr dankte durch eine tiefe Verneigung und der Untersuchungsrichter schloß die Vernehmung.

13.

Im Schwurgerichtssaale in Moabit stand die Verhandlung an gegen Friedrich Karl Sohr wegen Brandstiftung.

Dieser Schwurgerichtssaal war ein großer, hoher, heller Raum. An der Stirnseite des Raumes befand sich ein Podest, das von einer Wand zur anderen reichte. Auf diesem Podest standen eine lange, mit grünem Tuch verkleidete Tafel, daneben rechts und links zwei Tische, dahinter Stühle, und zwar vier an der Zahl. Die Mitte bildete ein hochlehniger Sessel. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280315-13/fragment/page=0003

Die Deutschenverhaftungen in Rußland.

Vorstellungen in Moskau.

Großes Aufsehen in allen Kreisen haben die Verhaftungen der deutschen Ingenieure im russischen Donezgebiet wachgerufen. Bekanntlich werden die Verhafteten der Sabotage und landesverräterischer Bestrebungen beschuldigt. Der deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau ist wegen der Verhaftung der vier beim Bau einer Turbinenanlage beschäftigten Angestellten der A. E. G. sowie des Ingenieurs der Firma Knopf in Wanne an der Ruhr und eines anderen Angestellten einer deutschen Firma, der eine Kohlendestillation einzurichten hatte, in Moskau vorstellig geworden.

Volkskommissar Tschitscherin hat bei der Unterredung, über die ein Bericht in Berlin eingetroffen ist, keine näheren Aufklärungen geben können, sondern auf die eingeleitete Untersuchung verwiesen. Das Auswärtige Amt in Berlin gedenkt sich unverzüglich über die weiter notwendigen Schritte klar zu werden. Auch der deutsche Konsul in Rostow ist in der Angelegenheit tätig. Die Namen der verhafteten Angestellten der A. E. G. sind Oberingenieur Ernst Goldstein, Ingenieur Otto und die Monteure Meyer und Wagner.

Verhaftung deutscher Ingenieure.

Nach einer Mitteilung der Direktion der A. E. G. in Berlin handelt es sich bei einigen in Rußland verhafteten Deutschen um unbedingt zuverlässige Leute, bei denen es vollkommen ausgeschlossen ist, daß sie sich irgend etwas hätten zuschulden kommen lassen. Der eine verhaftete Oberingenieur ist 55 Jahre alt und steht seit etwa 30 Jahren in den Diensten der A. E. G. Die Direktion der A. E. G. hält es für vollkommen ausgeschlossen, daß die drei Leute sich unter Mißachtung der Interessen des Hauses in politische Machinationen eingelassen hätten.

Auch die Firma Koppers in Bochum hält es für unmöglich, daß sich ihre sorgfältig ausgewählten Angestellten in Rußland politisch betätigt haben.

Amerikanisches Vertragsangebot an Deutschland.

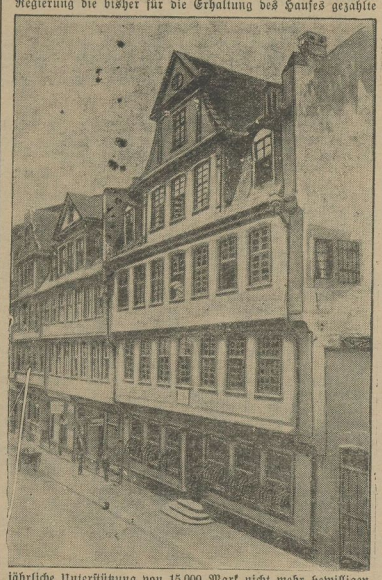
Baldige Verhandlungen in Berlin.

Staatssekretär Kellogg überreichte in Washington dem deutschen Botschafter von Prittwitz und Gaffron den Entwurf eines deutsch-amerikanischen Schiedsvertrages mit der Anregung, daß die beiden Regierungen in Verhandlungen darüber eintreten. Dem spanischen Botschafter wurde ein ähnlicher Vertragsentwurf übergeben. Verhandlungen gleicher Art schweben bereits mit England, Japan, Italien und Norwegen.

Die Verhandlungen in Berlin sollen bald beginnen. Die Regierung der Vereinigten Staaten soll entschlossen sein, mit allen Mächten gleichlautende Schiedsverträge abzuschließen, und mit den Staaten, die keine sogen. Bryan-Verträge abgeschlossen haben, neue besondere Versöhnungsverträge zu vereinbaren, so daß künftig jeder Staat zwei Verträge mit den Vereinigten Staaten haben wird. Dem deutschen Botschafter wurde außer einem Schiedsvertragsentwurf, der mit dem mit Frankreich abgeschlossenen Schiedsvertrag übereinstimmt, der Entwurf eines Versöhnungsvertrages, der mit den Bryan-Verträgen gleichlautend ist, übergeben.

Gefahr für Goethes Geburtshaus.

Goethes Geburtshaus am Großen Hirschgraben in Frankfurt a. M. ist in Gefahr, dem deutschen Volke als Kultstätte verlorenzugehen und geschlossen zu werden, da die preußische Regierung die bisher für die Erhaltung des Hauses gezahlte



jährliche Unterstützung von 15 000 Mark nicht mehr bewilligen will. Wer Goethes „Dichtung und Wahrheit" kennt, kennt dieses historische Haus in allen seinen Räumen, auch wenn er es nie gesehen hat.

Keine Portoerhöhung in Sicht.

Geringer Verbrauch an Ortspostkarten.

Von einer Berliner Zeitung wurde unter der Überschrift „Portoerhöhung in Sicht" die Nachricht verbreitet, daß das Reichspostministerium entschlossen sei, spätestens gegen Ende des Jahres durch Abschaffung der ermäßigten Sätze für den Ortsverkehr eine neue Portoerhöhung herbeizuführen. Vom Reichspostministerium wird aber dazu erklärt, daß es weder die Abschaffung des Ortsportos noch eine sonstige Erhöhung von Postgebühren beabsichtige. Die Zeitungsmeldung entbehrt jeder Grundlage. Wenn daraus, daß 5-Pfg.-Postkarten künftig nicht mehr hergestellt werden sollen, auf eine Absicht, das Ortsporto zu beseitigen, geschlossen wird, so wird demgegenüber darauf hingewiesen, daß es Ortspostkarten mit eingedruckter Freimarke schon lange nicht mehr gegeben hat. So hat auch eine 3-Pfg.-Postkarte nicht mehr bestanden, als die Ortsgebühr für Postkarten noch 3 Pfg. betrug. Der Grund hierfür liegt darin, daß der Verbrauch an Ortspostkarten recht gering ist und deshalb kein Bedarf für die Schaffung besonderer Postkarten für den Ortsverkehr besteht. Dies ist der einzige Grund dafür, daß die 5-Pfg.-Postkarten nicht mehr hergestellt werden.

Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Um 53 500 Mann.

In der Arbeitslosenversicherung hat sich der Rückgang der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Zeit vom 15. bis 29. Februar in dem gleichen langsamen Tempo fortgesetzt wie in der ersten Februarhälfte. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger war am 29. Februar 1928 rund 1 237 500 gegenüber 1 291 000 am 15. Februar 1928. Die Abnahme beträgt also 53 000 oder 4,1 Prozent. Der Rückgang macht bei den männlichen Arbeitslosen 4,7 Prozent aus, dagegen bei den weiblichen nur 0,3 Prozent.

Der langsame Rückgang der Arbeitslosigkeit dürfte im wesentlichen darauf zurückzuführen sein, daß die Saisonarbeiten, insbesondere im Baugewerbe, infolge der schwankenden Witterung und aus anderen Gründen nur zögernd in Gang kommen.

Börse und Handel.

* Produktenbörse. Obgleich die Cifofferten für Weizen und auch für Roggen vom Auslande nur unwesentlich fester gehalten werden und das Auslandsgeschäft meist nur in geringen Qualitäten zu Umsätzen führte, so war hier doch die Haltung des Marktes wieder fest. Sichtlich trägt das Wetter dazu bei, weil der anhaltende Ostwind und der am Tage Wärme bringende Sonnenschein gegenüber der scharfen Kälte während der Nacht weiter manche Besorgnis für die Saaten erwecken. Es sind hierauf manche der vorliegenden Deckungs- und Kaufaufträge in Weizen wie in Roggen zurückzuführen, durch die eine neue, wenn auch nicht erhebliche Steigerung der Preise am Zeitmarkt erfolgte. Das Angebot vom Inlande kam für Brotgetreide etwas mehr heraus, die erhöhten Forderungen waren aber bei den ohnehin vorsichtigen Käufern meist nicht durchzusetzen. Gerste wenig verändert. Hafer blieb weiter fest. Mais ruhig. Am Mehlmarkt zeigt sich der Bedarf sehr zurückhaltend, so daß selbst die Vorlagsforderungen nur schwer durchzusetzen waren.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	13. 3.	12. 3.		13. 3.	12. 3.
Weiz., märk.	245-248	245-248	Weizkl. f. Brl.	16,2	16,0
pommersch.	—	—	Roggkl. f. Brl.	16,2	16,0
Rogg., märk.	252-254	250-252	Raps	—	—
pommersch.	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Vikt.-Erbsen	46-55	46-55
Braugerste	221-280	221-280	kl. Speiseerb.	34-36	34-36
Futtergerste	—	—	Futtererbsen	25-27	25-27
Hafer, märk.	231-233	226-235	Peluschken	22,5-23,0	22,0-22,5
pommersch.	—	—	Ackerbohnen	21,0-22,0	21,0-22,0
westpreuß.	—	—	Wicken	21-23	21-23
Weizenmehl			Lupin., blaue	14,0-14,7	14,0-14,7
p 100 kg fr.			Lupin., gelbe	15,2-16,0	15,2-16,0
Bln. br. inkl.			Seradella	23,0-26,0	23,0-25,0
Sack feinst.	—	—	Rapskuchen	19,5-19,6	19,5-19,6
Mrk. ü. Not.	31,0-35,2	31,2-35,2	Leinkuchen	23,7-23,9	23,7-23,9
Roggenmehl			Trockenschitz	13,3-13,4	13,2-13,4
p 100 kg fr.			Soya-Schrot	21,6-22,0	21,6-22,0
Berlin br.			Torfml. 30,70	—	—
inkl. Sack	33,7-35,7	33,7-35,7	Kartoffelflck.	24,1-24,4	24,1-24,4

* Butterpreise ab Station (Fracht und Gebinde zu Lasten des Käufers): 1. Qualität per Zentner 187 Mark, 2. Qualität per Zentner 174 Mark, abfallende Butter 157 Mark. Tendenz: Ruhiger.

Bekanntmachung.

Der städtische Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1928/29 liegt in der Zeit vom 15. März d. J. bis einschließlich 21. März d. J. zur Einsicht im Rathaus — Zimmer Nr. 2 — aus.

Nebra, den 12. März 1928. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Am **Freitag, den 16. März d. Js.** findet eine **Prüfung der Quittungskarten** durch den Kontrollbeamten der Landesversicherungsanstalt „Sachsen-Anhalt" in Merseburg statt.

Es wird anheimgestellt, sämtliche Quittungskarten in Ordnung zu bringen, die Aufrechnungsbescheinigungen über die zuletzt abgegebenen beiden Quittungskarten und Quittungen der Krankenkasse zur Einsicht des Kontrollbeamten bereitzuhalten.

Arbeitgeber und Versicherte, die bei der Prüfung nicht anwesend sind, sich auch durch eine erwachsene Person nicht vertreten lassen können, werden gebeten, die Karten spätestens am Prüfungstage vormittags 8 Uhr auf dem Polizeibüro unter Angabe des Berufes der Beschäftigten zur Prüfung vorzulegen.

Nebra, den 13. März 1928.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Ein Portemonnaie mit 50 Pfg. Inhalt ist als gefunden abgegeben worden. Der Verlierer kann dasselbe auf dem Polizeibüro in Empfang nehmen.

Nebra, am 9. März 1928. **Die Polizeiverwaltung.**

Versammlung

des

Obst- u. Gartenbau-Vereins Nebra u. Umg.

findet **Sonntag, den 18. März, nachmittags 3 Uhr im „Schützenhaus" zu Nebra** statt mit folgender

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Dipl.-Obstbau-Inspektors Welcherd: „Ist das Umpfropfen von Obstbäumen geeignet, die Einnahmen aus Obst zu erhöhen?"
2. Vorstandswahl
3. Verschiedenes.

Die Mitglieder des Vereins, auch Interessenten der guten Sache, werden zu zahlreichem Besuch herzlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Zu verkaufen:

1 gutes Arbeitspferd, mit Geschirr
1 großer Wagen, wenig gefahren
1 Gliederwalze, neu, 40 cm Durchm.

Garnbach 38.

Freiw. Sanitätskolonne vom Roten Kreuz

Zu dem am **Sonntag, den 18. März 1928** im **„Schützenhaus"** stattfindenden

Unterhaltungs-Abend

werden Freunde und Gönner hierdurch ergebenst eingeladen.

Zur Aufführung gelangt:

„Willys Frau"

Heiteres Familienstück in drei Akten von Max Reimann und Otto Schwartz

Nach dem Theater: **BALL**

Preise der Plätze: Numerierter Saalplatz 1.— RM., unnumerierter Saalplatz, Entrade, Galerie 60 Pfg. — **Vorverkauf** ab Donnerstag in der Buchhandlung des Herrn W. Scharf.

Kassenöffnung 7 Uhr **Beginn 8 Uhr**

Großwangen

Sonntag, d. 18. März von nachm. 3 Uhr ab

Grosser Preisskat

Um rege Beteiligung bittet **Bruno Stops.**

Auktion.

Sonnabend, den 17. März 1928, vorm. 10 Uhr versteigere ich auf freiwilligen Antrag im **Fritz Gödecke'schen** Gehöft in **Wohlmirstedt** bei Wiehe:

1 4"-Wagen, 1 2"-Wagen, 1 Kastenwagen, 1 kleinen Leiterwagen, 1 Drillmaschine (1/2 Rute), 1 Getreidereinigungsmaschine, Renn- und Lassschlitten, Kutschgeschirre.

Für zahlungsfähige Käufer 1/4 Anzahlung, 2/3 Kredit bis Ernte. Sachen sind gebraucht, Besichtigung 1/2 Stunde vor Beginn.

H. Gründling, Wiehe,
beeid. öffentl. angest. Versteigerer.

Französisch

übt oder lernt man rasch und gründlich, wenn Vorkenntnisse vorhanden, mit Beihilfe einer französischen Zeitung. Dazu eignet sich ganz besonders der vorzüglich redigierte und bestempfohlene

Le Traducteur

Französ.-deutsches Sprachlehr- u. Unterhaltungsblatt.

Probenummer kostenlos durch den

Verlag des **Traducteur** in **La Chaux-de-Fonds** (Schweiz).

Jeder kranke Fuß kann schnell geheilt werden durch die elastische Senk- und Plattfußeinlage „Derleichtfuß"

Für Erwachsene und Kinder Kostenlose Fußberatung:

NEBRA:
Schuhhaus
Paul Melchior.

Zugelassen bei fast allen Krankenkassen Deutschlands. Darum von Kassen nur die elast. Senk- u. Plattfuss-Einlage „Der Leichtfuss" fordern.

Allen überlegen sind Herrschuh's neueste

Wäschemangeln

mit gesetzl. geschützten Führungsflügeln. Kein Rutschen u. Schieflaufen mehr. Herrliche Wäscheglättung, viel Kundschaft, gute Einnahme. Bequeme Zahlung.

Ernst Herrschuh
Tiegmar-Chemnitz 16.
Aelteste und bedeut. Spezialfabrik.

Hobeldielen
Stabbretter
Fußleisten
in sauberster Bearbeitung

Kantholzlisten
Dachlatten
Schalbretter
in allen Stärken

Tischlerbretter

Fichte und Kiefer,
besäumt und unbesäumt
in allen gangbaren Dimensionen
am Lager

Thüringer Holzwerke, Rossleben
Fernsprecher 63 Am Bahnhof

Drucksachen

aller Art in moderner Ausführung liefert prompt und gut

Buchdruckerei Wilh. Sauer
ROSSLEBEN

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280315-13/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 32 — Donnerstag, den 15. März 1928 — 41. Jahrgang

Berlin—Warschau—Bukarest.

In Genf war während der Völkerbundratssitzung zwar wunderschönes Wetter, aber das war dort auch das einzige Schöne — wenn man es nicht auch als immerhin schön bezeichnen will, daß irgendwelche Beschlüsse überhaupt nicht gefaßt wurden, die deutsches Interesse berührten. Dafür aber schweben die Verhandlungen von neuem — wie die Englein — zwischen Deutschland und Polen, und, auch schon seit langem, zwischen Deutschland und Rumänien.

In den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, die sich mühsam fortquälen, ist die Situation noch weit schwieriger geworden. Einerseits hat Polen durch eine außerordentlich hohe Valorisierung seiner bisher auf Papierzloty beruhenden Zölle eine Mauer um sich herumgebaut, die für viele deutsche Einfuhrwaren praktisch unüberseigbar ist und wohl auch sein soll. Dazu kommt die scharfe Kontingentierung für gewisse „Luxuswaren", wobei auch wieder in erster Linie deutsche Erzeugnisse getroffen werden. Und endlich die neue Bestimmung, durch die Ausländern der Aufenthalt und die Niederlassung in einem 30 Kilometer breiten Streifen längs der Grenze verboten wird; damit werden die bisher in den Verhandlungen mühsam genug erzielten Vereinbarungen über das Niederlassungsrecht glatt über den Haufen geranmt. Freilich ist auch aus innenpolitischen deutschen Gründen noch gar nicht daran zu denken, daß in absehbarer Zeit auch nur ein größeres Handelsprovisorium zustande kommt. Nicht bloß innerhalb der Reichsregierung bestehen hierbei wegen der bekannten Agrarforderungen sehr erhebliche Widerstände, außerdem würde man bei der augenblicklichen Erregung in der deutschen Landwirtschaft das polnische Schwein und das polnische Getreide nur schwer über die Grenze lassen können.

Ob unter diesen Umständen übrigens auch Herr Titulescu, Rumäniens Außenminister, zu seinem Ziel kommen wird, ist recht zweifelhaft. Ursprünglich wollte er Deutschland dazu veranlassen, für die deutschen Kriegsnoten, die während der Okkupationszeit in Rumänien von den deutschen Behörden ausgegeben und nach Kriegsende von der Bukarester Regierung „eingelöst" wurden, den Nominalwert zu bezahlen. Was vermutlich für gewisse gern verdienende Bukarester Elemente eine sehr erfreuliche Spekulation ergeben würde! Daran ist nun deutscherseits gar nicht zu denken; unsere Zahlungsverpflichtungen sind durch den Dawes-Plan restlos festgelegt und, täten wir es Rumänien gegenüber trotzdem, so wären im nächsten Augenblick auch die Belgier mit ihrer selben, von Deutschland stets abgelehnten Forderung da. Vielleicht kämen auch noch andere Länder und Ländchen, denn der Appetit wächst ja beim Essen.

Nun soll Herr Titulescu aber doch nicht ganz ungetröstet von dannen ziehen. Angeblich möchte er wenigstens eine Anleihe kriegen, wenn ihm jene anderen „Entschädigungen" zu erlangen nicht glücken soll. Man spricht von 100 Millionen, aber unsere eigene wirtschaftliche Lage dürfte dieser Summe doch weit dringender benötigen! Außerdem liegt auch hier die Gefahr vor, daß Belgien aus Deutschlands etwaiger Bereitwilligkeit, nun „wenigstens" eine Anleihe zu gewähren, sehr rasch entsprechende Folgerungen zieht. Und dann hat sich Rumänien den dortigen Deutschen gegenüber in einer Weise benommen, die dem Verhalten Polens nicht viel nachsteht. Auch hier handelt es sich um „erobertes" Deutschtum, das jetzt von den Rumänen ebenso schwer mißhandelt wird wie das ungarische Element.

Alle diese Oststaaten wollen von uns nur Konzessionen, möglichst auch Geld, pflegen aber jedes Entgegenkommen abzulehnen. Bisher war in der Politik aber der vernünftigste Satz immer nur der: Do ut des, ich gebe dir, damit du mir gibst.

Die Phöbus
vor d

Einsetzung ein

Die nun schon
ruhigende Angeleg
bindung gebrachte
Hauptausschuß des
langerwartete Reg
Dem neuen Reichs
Aufgabe zu, sich in
richt und die diese
äußern.

Die Aussprach
überweisung des
Unterausschuß, de
teilung noch im ei

Der Vorsitzende
lungseröffnung mit,
vorgesehen seien
fertig, so müßte heu
Vor Eintritt
nistische Abgeordnete
gierung vor, daß sie

gemacht, sondern vielmehr auf Grund von Besprechungen mit den Fraktionsführern einen Bericht herausgegeben habe, der eine Herausforderung bedeute. Dieser Bericht sei eine Fälschung. Die Kommunisten beantragten erneut, den Untersuchungsbericht des Präsidenten Sämisch vorzulegen. Für die Sozialdemokraten erklärte Abgeordneter Müller-Franken, daß auch seine Partei an dem Bericht manche Kritik zu üben habe, das aber in der Aussprache tun werde. Der kommunistische Geschäftsordnungsantrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Als erster Debatteredner nahm Abg. Heinig (Soz.) das Wort. Er erklärte, es werde festzustellen sein, was in dem Bericht ganze und was halbe Wahrheit sei und ob mit dieser Aufmachung wirklich keine politischen Gedanken verbunden gewesen seien. Ehe nicht volle Klarheit geschaffen sei, werde seine Partei die Nachtragsforderungen von sieben Millionen nicht genehmigen. Der demokratische Abg. Dr. Haas verlangte gleichfalls volle Klarheit und betonte, daß die Sache nicht parteipolitisch behandelt und Kapitän Lohmann nicht einfach als Sündenbock hingestellt werden könne. Der kommunistische Abg. Schneller verlas eine Reihe von Stellen aus dem angeblichen Originalbericht des Präsidenten Sämisch, wonach die ganze Angelegenheit nicht unter dem Gesichtspunkt der subjektiven Verantwortung Lohmanns, sondern der generellen Verantwortlichkeit eines Systems betrachtet werden müsse. Es handle sich um Dinge ähnlich der Schwarzen Reichswehr.

Reichswehrminister Gröner erwiderte sofort, daß der kommunistische Redner einer Täuschung zum Opfer gefallen sei und daß in dem Originalbericht und dem Material nichts von dem stehe, was der kommunistische Vertreter gesagt habe. Wahrscheinlich stamme dieser Bericht aus einer Falscherwerkstatt.

Der Zentrumsabgeordnete Erfing erklärte, die Schuld an der parteipolitischen Behandlung der Angelegenheit trage zum großen Teil das Reichswehrministerium mit seinen vielen Dementis. Man sollte auch nicht Lohmann als Alleinschuldigen hinstellen. Sämtliche hier ausgegebenen Summen seien Etatsverletzungen schwerster Art. Für die Deutsche Volkspartei stimmte Abg. Brüninghaus der Verurteilung der Vorgänge zu. Offenheit sei notwendig, damit sich aus den Vorkommnissen kein Vorurteil gegen die Marine entwickle. Abg. Müller-Franken forderte sofortige Auflösung der Seetransportabteilung und sagte, die Einzelheiten könnten am besten in einem Unterausschuß voll geklärt werden. Auch Abg. Leicht von der Bayerischen Volkspartei erklärte sich durch den vorgelegten Bericht nicht voll befriedigt. Für die Deutschnationalen sprach Abg. Treviranus, der sich mit der Nachprüfung in einem Unterausschuß einverstanden erklärte und besonders Klarheit über den Entwicklungsgang der einzelnen Unternehmungen und über die finanziellen Zuwendungen forderte.

Reichswehrminister Gröner

nahm nun das Wort und erklärte einleitend, daß er sich in der Lage befinde, die ganze unangenehme Angelegenheit auszuräumen. Das könne natürlich nicht in einem Zuge geschehen, sondern bedürfe einer sehr eingehenden, lange dauernden Arbeit, Untersuchung und rücksichtsloser Aufdeckung aller Dinge. Für den dem Ausschuß vorgelegten Bericht übernehme er die volle Verantwortung. Der Bericht habe selbstverständlich nicht auf alle Dinge eingehen können. Er sei aber gern bereit, in einem Unterausschuß über Einzelheiten und Fragen, die zweckmäßig nicht in einem größeren Kreis behandelt würden, Auskunft zu geben.

Er stehe nicht an, zuzugeben, daß die Schuld nicht allein an Kapitän Lohmann liege: es sei aber nicht seine Aufgabe, schuldig zu sprechen und zu Gericht zu sitzen. Im übrigen handele es sich um Dinge, die weit zurücklagen und deren geistiger und moralischer Ursprung in überwundenen Zeiten zu suchen sei; es seien die letzten Ausstrahlungen von Verwirrungen des Geistes.

Weiter sagte der Minister, er bedauere es, daß Kapitän Lohmann selbst nicht das Gefühl hatte, zu fordern: ich muß neben mich eine Person stellen, die jederzeit und eindeutig meine Arbeit kontrolliert und beweisen kann, daß ich eine reine Weste habe. Aber in jener Zeit glaubte mancher Verantwortlichkeiten übernehmen zu können, die er nicht hätte übernehmen dürfen, weil er dazu weder die Fähigkeiten noch das Verantwortungsgefühl besaß.

Ich übernehme die volle Garantie, daß derartige Dinge nicht mehr entstehen; ich übernehme die volle Garantie, daß derartige Verstöße, wie sie sich im Verlauf dieser Geschäfte gegen die Haushaltsordnung und den gesunden Menschenverstand gezeigt haben, nicht wieder vorkommen.

System für solche Sachen gibt es nicht. Ich räume jedes derartige System und Reste eines derartigen Systems, das irgendwo in der Wehrmacht noch sitzen sollte, restlos aus. Es soll alles geschehen, um in Zukunft derartiges zu vermeiden.

Für Wehrmacht und Marine.

Ein Wort noch, betont der Minister schließlich, möchte ich mir zugunsten der Marine erlauben. Was hier verbockt worden ist, darf nicht der Marine, nicht der Marineleitung als Ganzes und nicht der gesamten Wehrmacht als solcher zur Last gelegt werden. Die Wehrmacht und die Marineleitung haben den dringenden Wunsch, aus allen solchen untragbaren Dingen herauszukommen und nicht wieder mit solchen Dingen belastet zu werden. Ich möchte deshalb die Bitte an Sie richten, daß Sie aus dieser Geschichte keine Folgerungen für die Beurteilung der Marine ziehen. Wir wünschen alle miteinander — und ich nehme an, das wünscht auch das ganze deutsche Volk —, daß die allergrößte Glaubwürdigkeit nicht nur für die Marine, sondern auch für die ganze Wehrmacht und für das Reichswehrministerium überall und rückhaltlos besteht, und es wird mein ernsthaftes Bestreben sein, daß diese Glaubwürdigkeit geschaffen und erhalten wird.

Nach der Beendigung der Ministerrede und einiger Erläuterungen eines Regierungsvertreters wird gegen die Stimmen der Kommunisten die Einsetzung eines Unterausschusses beschlossen, der die Einzelheiten der Angelegenheit durchprüfen soll. Dann vertagte sich der Ausschuß.

Kapitän Lohmann entlassen.

Im Marineverordnungsblatt ist folgende Personalveränderung enthalten: Mit dem 31. März 1928 aus dem Marinedienst ausgeschieden: der Kapitän zur See Lohmann (Walter), kommandiert zur Verfügung des Chefs der Marineleitung.

Veröffentlichung des Phöbusberichtes.

Die Seetransportabteilung.

Lange Wochen sind mit Auseinandersetzungen über die Seetransportabteilung unter Kapitän Lohmann dahingegangen und manchmal Verbesserungen wurden gemacht über die Beträge, die dabei dem Reiche erwachsen sind. Sparkommissar Sämisch wurde mit der Ausarbeitung einer Denkschrift beauftragt, die auch der Reichsregierung zugegangen sein sollte, aber zunächst nicht veröffentlicht wurde. Der Reichskanzler erklärte vor einigen Tagen, die Denkschrift des Herrn Sparkommissars sei nicht ganz vollständig, sie werde ergänzt und dann dem Reichshaushaltsausschuß zugehen. Das ist jetzt geschehen.

Der Bericht bildet ein Heft von 21 Schreibmaschinenseiten und beginnt: „Der Gesamtkomplex der Transaktionen, die Kapitän Lohmann außerhalb des geschäftsmäßigen Bereiches der von ihm geleiteten Seetransportabteilung vorgenommen hat, läßt sich hinsichtlich der Frage der Legitimation zur Ausführung dieser Handlungen in drei Gruppen zergliedern. Der ersten Gruppe gehören diejenigen Maßnahmen an, die Kapitän Lohmann auf Grund und im Rahmen der ihm bei Zuweisung der Ruhegelder von dem damaligen Chef der Marineleitung erteilten Generalermächtigung zur zweckentsprechenden Bewirtschaftung und Verausgabung dieser Sondermittel getroffen hat.

Die zweite Gruppe bezieht sich auf die Phöbusfilmangelegenheit, bei der Kapitän Lohmann teilweise im Einverständnis mit seinen Vorgesetzten, teilweise ohne deren Wissen und Willen gehandelt hat. Die dritte Gruppe umfaßt diejenigen Geschäfte, die Kapitän Lohmann ganz auf eigene Verantwortung getätigt hat."

Zur Phöbusfilmangelegenheit

sagt der Bericht: Auch wenn man die Frage des Für und Wider, ob der Staat auf die Beschreitung der im Film liegenden Propagandamöglichkeiten Einfluß nehmen will, offen läßt, so ist doch kein Wort darüber zu verlieren, daß es sich im vorliegenden Falle um einen untauglichen Versuch mit untauglichen Mitteln gehandelt hat. Die Berufung darauf, daß die Marineministerien anderer Länder sich ebenfalls mit der Filmpropaganda befassen, ändert daran nichts.

Zur Deckung der dem Fiskus aus der Vollmachtsüberschreitung des Kapitäns Lohmann erwachsenen Regreßansprüche wird bereits der der Zwangsvollstreckung unterliegende Teil der Bezüge Lohmanns einbehalten. Die Frage weiterer Regreßansprüche wird geprüft.

Der Konkurs der Phöbusfilm-A.-G. wurde aus dem Grunde nicht in die Wege geleitet, weil man der Übergeugung war, die Interessen der Allgemeinheit durch Vermeidung des Konkurses am besten wahren zu können. Zur dritten Gruppe der Geschäfte wird gesagt: Die Offenlegung des dritten Betätigungskreises des Kapitäns Lohmann führt in einen Komplex hinein, dessen Vorhandensein dem Ansehen der Reichsmarine besonderen Abbruch getan hat.

Hier wird vor allem die geldliche Interessennahme Lohmanns an dem Berliner Bankverein erwähnt und die Beteiligung an der Bacon-Company erörtert. Schließlich wird gesagt: „Eine ins einzelne gehende zahlenmäßige Darstellung aller Vorgänge ist bei der Undurchsichtigkeit der von Kapitän Lohmann getroffenen Maßnahmen noch nicht möglich gewesen." In einem Schlußabsatz werden die Sicherungen gegen eine künftige Wiederholung von Vorkommnissen der geschilderten Art behandelt.

Stresemanns Bericht über Genf.

Vor Reichspräsident und Reichskabinett.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat nach Schluß der diesmaligen Völkerbundtagung Genf verlassen und erstattet alsbald in Berlin dem Reichspräsidenten Bericht über das Ergebnis der Tagung, ebenso demnächst dem Reichskabinett. Voraussichtlich wird Dr. Stresemann in erster Linie auf die Unterhaltungen zurückkommen, die er mit dem polnischen Außenminister Zaleski über die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen geführt hat.

Vor seiner Abreise aus Genf hatte Stresemann mit den russischen Vertretern Konferenzen, ferner mit dem rumänischen Minister des Äußern, Titulescu, bei der die zwischen den beiden Ländern bestehenden Fragen, insbesondere auch Fragen wirtschaftspolitischer Art, durchgesprochen wurden. Es ist anzunehmen, daß der rumänische Minister des Äußern zur Fortsetzung der Verhandlungen nach Berlin kommt; der Zeitpunkt steht jedoch noch nicht fest.

Aus Konstantinopel wird berichtet, daß der türkische Ministerrat am Sonntag beschloß, die Einladung zur Genfer Abrüstungskonferenz anzunehmen. Zu diesem Zweck reist der türkische Außenminister nach Genf.

Die Verschuldung der Landwirtschaft

Ein Bericht des Reichsernährungsministers.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat dem Reichstag aus den Verhandlungen des landwirtschaftlichen Unterausschusses des Enqueteausschusses einen Vorbericht über die Verschuldungsverhältnisse der deutschen Landwirtschaft zugehen lassen.

Nach einer eingehenden Übersicht über die Verschuldung der Landwirtschaft Ende 1926 und im Sommer 1927 und über die Entwicklung und die Ursachen dieser Verschuldung werden auch eine Reihe von Vorschlägen zur Milderung der Schulden- und Kreditnot gemacht. Es wird darauf hingewiesen, daß eine grundlegende Änderung im landwirtschaftlichen Kreditwesen an dem in Deutschland herrschenden Kapitalmangel scheitern müsse. Man werde sich damit begnügen müssen, das vorhandene Kapital der Landwirtschaft in möglichst großem Umfange nutzbar zu machen. Vor allem erscheine eine Regulierung der in der Landwirtschaft befindlichen Kredite unabweisbar. Als Maßnahmen kämen je nach der Verschuldungslage der Betriebe drei Gruppen in

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280315-13/fragment/page=0005